K2-172 Wahlprogramm Kapitel 2: Stadt der Möglichkeiten

Antragsteller*in: KV Steglitz-Zehlendorf
Beschlussdatum: 05.04.2016

Änderungsantrag zu K2

Nach Zeile 172 einfügen:
Der Berliner Arbeitsmarkt wird auch von Unsicherheit und drohender Prekarisierung geprägt. Viele Berliner*innen, gerade Frauen, haben den Makel Minijob im Lebenslauf, der verhindert, dass sie zurück in reguläre Arbeit kommen. Diese Rückkehr wollen wir gezielt fördern. In den Jobcentern wollen wir die gesetzlichen Ermessenspielräume zu Gunsten der Betroffenen auslegen. Sanktionieren und Gängeln löst keine Probleme. Unser Ziel ist eine Arbeitsmarktpolitik, die motiviert und Perspektiven eröffnet. Gleichzeitig wollen wir für alle, die vorerst kaum Chancen auf Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, neue Möglichkeiten durch einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen. Die öffentliche Hand werden wir zum Vorbild für gute Arbeit machen – „prekär im öffentlichen Auftrag“ darf es nicht mehr geben. Von der Grünpflege bis zur Musikschule gilt: Wer aus öffentlichen Mittel finanziert wird, hat einen Anspruch auf faire Bezahlung.

Ferner kommt es aufgrund immer näher an Gewerbegebiete heranrückende Wohnbebauung zu Konflikten zwischen den Unternehmen und der wohnenden Bevölkerung. Um solche Konflikte zu vermeiden, müssen die Interessensgegensätze frühzeitig im Planungsprozess berücksichtigt werden

Begründung

Durch das Heranrücken der Wohnbebauung an Gewerbe-/Industrieflächen entstehen Immissionsschutzprobleme. Dies hat zur Folge, dass Industrie- und Handwerksunternehmen teuer nachrüsten müssen, um der neuen Immissionsschutzlage gerecht zu werden. Dies hat in Berlin schon zum Wegzug oder Schließung einiger Unternehmen geführt.